

1 **EU-04**

2 **UB Köln**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Europa: Solidarität statt Austerität**

6

7 In den letzten Jahren haben sich immer mehr Bürge-
8 rInnen von der Europäischen Union abgewendet. Einer
9 Union, die in wichtigen Fragen uneinig wirkt, die schein-
10 bar nur einigen Wenigen nützt, die einseitig auf Markt-
11 liberalisierung und Kapitalverkehrsfreiheit setzt und in
12 der der Solidarität zwischen Stärkeren und Schwäche-
13 ren scheinbar kein eigener Wert zukommt. Diese Ent-
14 wicklung ist gefährlich: Sie untergräbt nicht nur die
15 Akzeptanz einer Institution; sie bedroht die Entwick-
16 lung eines europäischen Gesellschafts- und Sozialmo-
17 dells insgesamt.

18

19 Ein Kurswechsel tut Not. Die Sozialdemokratie in Euro-
20 pa hat sich in den letzten Jahren zwischen die Alterna-
21 tiven neoliberales Markteuropa auf der einen und den
22 Rückzug in die Grenzen nationalstaatlicher Politik auf
23 der anderen Seite zwängen lassen. Aber diese Alterna-
24 tiven sind beide auf Dauer schlecht für die Menschen
25 in Deutschland und in Europa. Wir wollen endlich einen
26 Neuanfang für ein neues, ein sozialeres und demokrati-
27 scheres Europa.

28

29 Gerade die Bundesrepublik hat unter der Führung von
30 Angela Merkel mit Fokussierung auf Exporte und dem
31 Beharren auf „Haushaltsdisziplin“ in den letzten Jahren
32 einen sozialen Aufbruch in der europäischen Gemein-
33 schaft verhindert. Die Abkehr vom Dogma der „Schwar-
34 zen Null“ hierzulande ist Voraussetzung für eine andere
35 Politik in ganz Europa und eine Stärkung aller progres-
36 siven Kräfte.

37

38 Die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Wäh-
39 rungsunion müssen beseitigt und die EU zu einer po-
40 litischen Union mit einer starken sozialen Dimension
41 weiterentwickelt werden. Europa muss auf Solidarität
42 und Investitionen statt auf Austerität (strikte Sparpoli-
43 tik und Einschränkung der Staatstätigkeit) setzen. Wir
44 brauchen gemeinsame Sozialstandards, die an die Le-
45 bensbedingungen, die wirtschaftliche Kraft und die so-
46 zialstaatlichen Traditionen der jeweiligen Länder und
47 Regionen anknüpfen, aber zugleich zur sozialen und
48 wirtschaftlichen Konvergenz beitragen. Ein solches Eu-
49 ropa und die damit verbundenen Anstrengungen und
50 gegenseitigen Verpflichtungen werden sich aber nur
51 durchsetzen lassen, wenn die Menschen umfassend
52 mitbestimmen können. Ohne Demokratisierung keine
53 Vertiefung der innereuropäischen Beziehungen !

54

55 Konkret fordern wir:

56 **I. Arbeit und Soziales – Europas Akzeptanz steht auf**
57 **dem Spiel**

58

59 • Wir wollen verbindliche Mindeststandards im Be-
reich der Sozialpolitik, wie z.B. gemeinsame Prinzi-

- 1 pien bei der Festsetzung nationaler Mindestlöhne
 2 (z.B. in Abhängigkeit von nationalen Durchschnitts-
 3 einkommen oder Rentenniveaus). Es kann nicht
 4 sein, dass ArbeitnehmerInnen aus verschiedenen
 5 europäischen Ländern weiter gegeneinander aus-
 6 gespielt werden.
- 7 • Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
 - 8 braucht es europäische Programme zur Förde-
 - 9 rung von Ausbildung und Qualifizierung (z.B.
 - 10 finanzielle Beihilfen zur Einführung von dualen
 - 11 Ausbildungssystemen).
- 12 „Mitbestimmungsdumping“ muss aufhören. Wir brau-
 13 chen gemeinsame Regeln für die effektive und grenz-
 14 überschreitende Mitbestimmung von ArbeitnehmerIn-
 15 nen. Es gibt keinen Grund für nationale Parzellierung
 16 von Arbeitnehmervertretungen in transnationalen Un-
 17 ternehmen, die in einem gemeinsamen Markt agie-
 18 ren. Europäische Betriebsräte müssen echte Mitbestim-
 19 mungsrechte bekommen.
- 20 • Die Entsenderichtlinie muss überprüft, um
 - 21 Mißbrauchstatbestände erweitert und diese
 - 22 müssen effektiv sanktioniert werden. Solange
 - 23 keine hinreichende Konvergenz von Arbeits-
 - 24 und Lebensbedingungen gegeben ist, können
 - 25 Arbeitnehmerfreizügigkeit und Entsendung (mit
 - 26 sozialversicherungsrechtlichen Befreiungen) zum
 - 27 Zwecke des Sozialdumpings missbraucht werden.
 - 28 • Einheitliche und hohe Mindeststandards im Bereich
 - 29 des Arbeitsrechts müssen ausgebaut werden. Na-
 - 30 tionale Standards des Arbeitnehmerrechts und der
 - 31 Arbeitnehmermitbestimmung dürfen durch euro-
 - 32 päische Gesetzgebung nicht abgesenkt werden.

33

34 **II. Steuern und Haushalt – Solidarität ist keine Einbahn-**
 35 **straße**

- 36 • Wir brauchen eine vom Europäischen Parlament ge-
- 37 wählte Europäische Wirtschaftsregierung, die eine
- 38 gemeinsame Wirtschaftspolitik verantwortet. Ein
- 39 europäischer Finanzminister, der nur die bisherige
- 40 Spar- und Austeritätspolitik ohne volle demokrati-
- 41 sche Verantwortung gegenüber dem Europäischen
- 42 Parlament noch machtvoller durchsetzt, wird zum
- 43 Totengräber der EU. Fiskalische (haushaltsrechtli-
- 44 che) ohne demokratische Kontrolle lehnen wir ab.
- 45 • Die Länder der Eurogruppe sowie die Länder, die da-
- 46 zu bereit sind, sollten notfalls im Wege der verstärk-
- 47 ten Zusammenarbeit verbunden mit umfassender
- 48 Kontrolle durch das Europäische Parlament im Be-
- 49 reich einer einheitlichen Finanz- und Steuerpolitik
- 50 vorangehen. Wer nicht mitmacht, kann auch nicht
- 51 von gemeinsamen Ausgaben profitieren (z.B. Inves-
- 52 titionsprogrammen, Kohäsions- und Strukturfonds,
- 53 Transfermechanismen der Währungs- und Geldpo-
- 54 litik etc.).
- 55 • Die Finanztransaktionssteuer muss endlich kom-
- 56 men.
- 57 • Ertragssteuern sind dort zu erheben, wo Wert-
- 58 schöpfung stattfindet (und insbesondere dort,

1 wo ArbeitnehmerInnen beschäftigt werden).
 2 Dies funktioniert nur, wenn die EU maßgeblich
 3 durch das Europäische Parlament verantwortete
 4 Zuständigkeiten im Bereich der direkten Steuern
 5 bekommt, damit sie Kohärenz (Vergleichbarkeit
 6 und Abgestimmtheit) der nationalen Steuersysteme
 7 aktiv fördern und Steuerdumping vorbeugen
 8 kann. Bilaterale Vereinbarungen (Doppelbesteue-
 9 rungsabkommen) müssen durch europäische
 10 Regeln ersetzt werden, um Schlupflöcher und Um-
 11 gehungsmöglichkeiten zu beenden. Die Regeln zur
 12 Begrenzung der Gewinn- und Verlustverschiebung
 13 müssen weiter präzisiert und verschärft werden.
 14 Für die Einhaltung und Durchsetzung dieser Regeln
 15 sollten nicht (nur) die nationalen Steuerbehörden,
 16 sondern (auch) die EU-Kommission zuständig sein.
 17 Wie die Apple/Starbucks/Amazon-Fälle zeigen,
 18 ist nur durch eine übergeordnete Instanz eine
 19 effektive Durchsetzung gewährleistet.

20 • Die gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrund-
 21 lage muss endlich kommen. Die vorliegenden Vor-
 22 schläge gehen nicht weit genug und müssten um
 23 wesentliche Aspekte ergänzt werden (z.B. EU-weit
 24 gleiche Abschreibungsmöglichkeiten, Höchstgren-
 25 zen zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Manager-
 26 vergütungen, in Abhängigkeit von den untersten
 27 Lohngruppen im jeweiligen Unternehmen).

28 • Wir brauchen mittelfristig EU-weit verbindliche
 29 Mindeststeuersätze.

30
 31 • Ausnahmetatbestände im Umsatzsteuerrecht
 32 müssen radikal reduziert und vereinheitlicht
 33 werden, um Umgehungen und Betrügereien
 34 vorzubeugen.

35 • Es sollten EU-weite Höchstsätze bei Umsatzsteu-
 36 ern vereinbart werden. Die schleichende Umver-
 37 lagerung von Unternehmens- und Ertragssteuern
 38 auf Umsatzsteuern in den letzten Jahrzehnten ging
 39 zu Lasten der einkommensschwächeren Bevölke-
 40 rungsteile. Dieser Trend muss europaweit gestoppt
 41 werden.

42

43 **III. Investitionen und Wachstum statt Austeritätspolitik**

44 • Europa braucht eine Abkehr von der sozial ver-
 45 heerenden Austeritätspolitik insbesondere in Län-
 46 dern mit hoher Arbeitslosigkeit. Es müssen andere,
 47 neue Wege gefunden werden, um die öffentliche
 48 Verschuldung in ein ausgewogenes Verhältnis zur
 49 Wirtschaftsleistung und zum öffentlichen Vermö-
 50 gen zu bringen (Schuldenerlass, Vermögensabga-
 51 ben, Fonds- bzw. Tilgungsfondslösungen, Reichen-
 52 steuern o.ä.).

53 • Europa braucht Investitionen gegen die Arbeitslo-
 54 sigkeit, insbesondere in Ausbildung und Qualifi-
 55 zierung, sowie in Programme zur Unterstützung
 56 des Strukturwandels in ärmeren Mitgliedstaaten.
 57 Sinnvoll sind auch grenzübergreifende Bildungs-,
 58 Fortbildungs- und Ausbildungsprogramme, die ne-

- 1 ben dem Arbeitsmarkt auch den Austausch von
2 Bürgerinnen und Bürgern aus verschiedenen Mit-
3 gliedstaaten fördern.
- 4 • Es muss mehr Investitionen in Infrastruktur geben:
5 digitale, sowie Energie- und Transportnetze (inkl.
6 E-Mobilität). Diese Infrastruktur hat grenzübergrei-
7 fenden Nutzen und sollte daher gemeinsam finan-
8 ziert werden.
 - 9 • Die Mittelzuteilung für die Integration von Flücht-
10 lingen muss solidarisch organisiert und Teil der
11 Budgetverhandlungen werden.
 - 12 • Die Rekommunalisierung von privatisierten Betrie-
13 ben darf nicht durch europäisches Wettbewerbs-
14 Beihilfen- oder Vergaberecht praktisch vereitelt
15 werden; entsprechende Regeln müssen überprüft
16 und durch Ausnahmetatbestände bzw. Freigabe-
17 mechanismen ergänzt werden.
- 18
- 19 Europa steht vor großen Herausforderungen, von in-
20 nen wie von außen. Diese lassen sich nur gemein-
21 sam lösen. Das Fundament der europäischen Gesell-
22 schaftsordnung ruht auf sozialem Ausgleich, Teilhabe
23 und Chancengleichheit. Nur wenn es der Europäischen
24 Union gelingt, diese Solidarität auch in Zukunft zu orga-
25 nisieren, kann sie dauerhaft Bestand haben.